

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

38**80****Union in
Deutschland**

Bonn, den 8. Oktober 1980

Helmut Kohl führt die Opposition

Gemeinsam sind wir die stärkste politische Kraft

Die Union ist am 5. Oktober 1980 vom Wähler als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland bestätigt worden, auch wenn sie ihr Wahlziel, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, nicht erreicht hat und im Deutschen Bundestag in der Opposition bleibt. Bereits zwei Tage nach der Wahl, am 7. Oktober, hat auf Vorschlag von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß die neue Bundestagsfraktion einstimmig die Vereinbarung über die Fortführung der gemeinsamen Fraktion bestätigt und bei zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen Helmut Kohl zum Fraktionsvorsitzenden und damit Oppositionsführer auch für die 9. Legislaturperiode gewählt. Die Bundestagsfraktion hat außerdem einstimmig Richard Stücklen für das Amt des Präsidenten und Richard von Weizsäcker für das Amt des Vizepräsidenten des 9. Deutschen Bundestages nominiert.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion dankten Franz Josef Strauß und Helmut Kohl für ihren beispielhaften Einsatz in diesem ungewöhnlich harten Wahlkampf. CDU und CSU haben im Wahlkampf, sagte Helmut Kohl vor der Fraktion, eine überzeugende programmatische und organisatorische Übereinstimmung sichtbar gemacht. Alle Maßnahmen waren lückenlos abgestimmt. Symbol dieser nahtlosen, politischen, personellen und organisatorischen Übereinstimmung war das gemeinsame Wahlprogramm und die gemeinsame Delegiertenkonferenz in Mannheim. Diese Erfahrungen sind ein wichtiges Kapital, das weiterhin genutzt werden sollte.

Die Union darf das ihr von den Wählern bestätigte hohe Vertrauenspotential nicht verspielen. Sie muß sich künftig mehr als bisher mit den Sorgen der Bürger und weniger mit sich selbst beschäftigen. Sie kann sich keine „Nebenkriegsschauplätze“ durch Personalquerelen, persönliche Intrigen und Strategiespiele leisten. Diese dienen zwar dem persönlichen Ehrgeiz, aber sie schaden der Union.

Die Union muß in den zentralen Sachfragen ihre eigene Position so rechtzeitig bestimmen, daß sie die öffentliche Diskussion entscheidend beeinflussen kann, die Bundesregierung und die Koalitionsparteien in die Defensive drängt und dadurch Konflikte innerhalb der Regierung und zwischen den Koalitionsparteien SPD und FDP verschärft bzw. sichtbar werden läßt.

Franz Josef Strauß dankte zunächst allen, die im Wahlkampf mit ganzem Einsatz für den Erfolg der Unionsparteien bei der Bundestagswahl gekämpft haben. In der Wahlkampagne sei der große menschliche und politische Konsens zwischen den Unionsparteien und ihren führenden Repräsentanten besonders sichtbar geworden.

Die SPD habe damit gerechnet, zumindest stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag zu werden. Das Ergebnis sei jetzt für sie enttäuschend. Dies gelte besonders für Bundeskanzler Schmidt, der auch in der Wahlkampagne gezeigt habe, daß er abgewirtschaftet hat. Die Probleme, die von der Union im Wahlkampf angesprochen worden seien, seien auch nach der Wahl die gleichen. Deshalb habe die Union für ihre künftige Oppositionsarbeit gute Ansatzpunkte. Sie müsse sich allerdings in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner noch mehr auf dessen Stil einstellen.

Für die Union komme es jetzt darauf an, den Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen 1982 und 1983 zu richten, damit die Unionsmehrheit im Bundesrat erhalten bleibe. Wörtlich erklärte Franz Josef Strauß: „Wir haben überhaupt keinen Grund, unsere Politik zu ändern. Wenn wir von ihrer Richtigkeit überzeugt sind, müssen wir zu unseren Anschauungen stehen, und wir müssen das vertreten, woran wir gemeinsam glauben.“

Für die Zukunft komme es darauf an, daß zwischen der Bundestagsfraktion und den unionsregierten Ländern ein möglichst enger Kontakt gehalten und eine gemeinsame Politik auf der Grundlage des gemeinsamen Programms der beiden Unionsparteien sichergestellt werde. Besonderes Augenmerk müsse die Union auch darauf richten, die in ihrem Programm vertretene Agrarpolitik konsequent durchzuführen. Im Bereich der Bildungspolitik müsse die Union in allen Bundesländern den gleichen Kurs vertreten.

Gemeinsames Ziel der beiden Unionsparteien müsse es nach wie vor sein, die SPD/FDP-Koalition abzulösen, ein gutes Ergebnis bei den Landtagswahlen sicherzustellen und eine Übereinstimmung in allen Grundsatzfragen auch in Zukunft zu erhalten. Unter dem Beifall der Fraktion betonte Franz Josef Strauß, sein besonderer Dank gelte dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Kohl. Das enge freundschaftliche Verhältnis, das sich zwischen ihm und Helmut Kohl entwickelt habe, sei auch für die Zukunft eine Garantie dafür, daß die Union gemeinsam erfolgreich Politik betreiben könne.

Wir werden weiter harte Arbeit leisten müssen

Helmut Kohl erklärte nach der Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes am 6. Oktober 1980 vor der Presse in Bonn:

Der erste wichtige Punkt aus dieser Sitzung, den ich deutlich herausstellen möchte, war das ausgesprochen freundlich-kameradschaftliche Klima, in dem sie abgelaufen ist. Ich habe unseren besonderen Respekt und unseren großen Dank für die vielen Hunderttausenden unserer Freunde und Mitglieder zum Ausdruck gebracht, die in einem ungewöhnlich harten Wahlkampf mit großem Engagement für unsere Sache gestritten haben. Ich habe unseren besonderen Dank zum Ausdruck gebracht für den Einsatz unseres Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß. Diese klare Stellungnahme ist vom Bundesvorstand mit großem Beifall aufgenommen worden. Wir alle waren der Auffassung, daß wir in CDU und CSU gemeinsam in diesem Wahlkampf gekämpft haben, gemeinsam mit Franz Josef Strauß, daß wir gemeinsam verloren haben und daß es jetzt keinen Grund gibt über Fragen von Schuldzumessung zu sprechen.

Zweitens: Ich habe deutlich gemacht, daß wir eine Wahlniederlage erlitten haben, und daß es an diesem Ergebnis nichts zu beschönigen gibt. Der Wähler hat uns mit dieser Wahlentscheidung klar unsere Position zugewiesen. Wir sind Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag. Wir wollen diese Rolle ohne Wenn und Aber wahrnehmen, und zwar konstruktiv, wie wir dies im Sinne unseres Dienstes für unser Vaterland verstehen. Wir gehen mit Optimismus in die Zukunft.

Wir haben unser zweites Wahlziel erreicht, wir sind stärkste Fraktion geworden. Dies hat die enorme Stabilität der CDU/CSU-Anhängerschaft erneut deutlich gemacht. Wir haben diese Stabilität im letzten Jahr in einer für uns sehr schwierigen Zeit bei der Europawahl erlebt, die wir mit hervorragendem Erfolg bestehen konnten.

Wir dürfen mit Recht stolz und dankbar sein für die Loyalität unserer Stammwähler. Das ist ein wichtiges Kapital für die Zukunft der Union, aber nicht nur für die Union: Wer die Geschichte der Weimarer Republik kennt, weiß, wie bedeutsam es ist, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Partei der Mitte — die CDU/CSU — von einer breiten und stabilen Wählerschaft getragen wird.

Wir können aus gutem Grunde heute mehr denn je sagen: Wir sind die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland; auch wenn wir jetzt in der Opposition sind. Denn dieser gemeinsame Wahlkampf von CDU und CSU hat ein Maß an Geschlossenheit und wechselseitiger Loyalität deutlich gemacht, das maßgeblich zur Mobilisierung unserer Anhänger beigetragen hat. Wir haben in diesem Wahlkampf unsere programmatische und organisatorische Übereinstimmung bewiesen. Symbol dieser Gemeinsamkeit ist das gemeinsame Wahlprogramm. Dieses Wahlprogramm der CDU/CSU ist für uns am Tag nach der Wahl nicht Makulatur, sondern Arbeitsgrundlage für die Arbeit der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU in den kommenden vier Jahren.

Es ist uns in den letzten acht Wochen gelungen, die Themen des Wahlkampfes zu bestimmen: Staatsverschuldung, Familienpolitik, Rentenpolitik, Innere Sicherheit, Zukunft der jungen Generation. Alle diese Themen bleiben auch nach der Wahl Probleme der deutschen Politik. Mit diesen Themen ist es uns gelungen, die Sozialdemokraten in die Defensive zu drängen. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Art und Weise, wie der Spitzenkandidat der SPD aufgetreten ist.

Es ist uns gelungen, in wichtigen Sachbereichen, z.B. in der Renten- und Familienpolitik unseren Vorsprung in der Sachkompetenz auszudehnen. Das ist für unsere zukünftige Arbeit sehr wichtig, weil in unserer Sachkompetenz die Mehrheitsfähigkeit der Union in der Bundesrepublik Deutschland gründet.

Das Wahlergebnis zeigt deutlich, daß die Sozialdemokraten ihr Wählerpotential praktisch ausgeschöpft haben. Die hohe Popularität und der Amtsbonus des Kanzlers haben es nicht vermocht, den Sozialdemokraten wesentliche Zugewinne zu bringen. Herr Schmidt ist einer der Verlierer dieser Wahl, denn jeder konnte erkennen, daß die große Zugkraft, die die Sozialdemokraten ihrem Spitzenkandidaten beimaßen, nicht vorhanden ist.

Die hohe Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis haben die Stabilität des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland bewiesen. Wir sollten deshalb gegenüber dem Ausland und unseren ausländischen Freunden noch deutlicher darauf hinweisen, daß die Radikalen von rechts und links erneut eine vernichtende Niederlage erlitten haben.

Der Wahlausgang zeigt, daß es keine Staats- oder Parteienverdrossenheit gibt, daß aber die Verdrossenheit gegenüber Politikern und Politikdarstellung vor allem bei Jungwählern zugenommen hat. Jede demokratische Partei muß sich fragen, in welchem Maße die Distanz zwischen Bürger und

Staat gewachsen ist, ob sich die Bürger mit ihren Sorgen hinreichend in dem wiederfinden, was Politiker tun. Der Wahlkampf, in dem eine so gigantische Verleumdungskampagne gegen unseren Spitzenkandidaten geführt werden konnte, wie wir sie erlebt haben, verstärkt dieses Problem erheblich.

Wir als demokratische Parteien müssen uns nach der Wahl die Frage nach der Konsensfähigkeit der Parteien stellen. Demokratie setzt Konsensfähigkeit voraus. Das schließt klare Alternativen und scharfe Auseinandersetzungen zwischen demokratischen Parteien nicht aus.

Wir haben im Bundesvorstand völlig übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß das, was uns an personellen Querelen in der Vergangenheit geschadet hat, in Zukunft ausbleiben muß. Ebenso war es einmütige Meinung, daß die Frage, wer die Union 1984 in den Wahlkampf führt, von CDU und CSU gemeinsam in aller Ruhe und zum richtigen Zeitpunkt, etwa im Jahre 1983, zu entscheiden ist. Wir waren der Auffassung, daß wir demjenigen aus CDU und CSU die Verantwortung übertragen sollten, bei dem die Siegchancen am besten sind. Dies wird das alleinige Kriterium sein, mit dem wir an diese Frage herangehen.

Ich unterstreiche nochmals: Das Wahlprogramm, das von den Unionsparteien ausgearbeitet wurde, bleibt keine Wahlkampfepisode, sondern stellt das konkrete Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre dar. So können wir in CDU und CSU unsere Position als Partei der Mitte deutlich machen. Wir sind die große deutsche Volkspartei, die die christlich-soziale, die liberal-freiheitliche und die konservative Idee vereint.

Wir waren uns einig, das wahlfreie Jahr 1981 dazu zu nutzen, zwei Themen besonders intensiv zu behandeln und mit Parteitagsbeschlüssen abzuschließen. Das eine Thema ist die Bildungspolitik, in der sich die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer föderalen Struktur immer mehr auseinanderlebt. Das andere Thema ist die Medienpolitik.

Wenn die ersten Nachwahluntersuchungen vorliegen, wird der Bundesvorstand zu einer Klausurtagung zusammentreffen.

Wir werden jetzt alle harte Arbeit leisten müssen, im Geiste der Freundschaft und Kameradschaft. Wenn wir das tun, dann haben wir für die Zukunft eine gute Chance.

Vereinbarung über die Fortführung der gemeinsamen Fraktion zwischen CDU und CSU für die 9. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

Auf Vorschlag von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß hat die neue CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf ihrer ersten Sitzung am 7. Oktober 1980 die Vereinbarung über die Fortführung der gemeinsamen Fraktion in der 8. Legislaturperiode vom 13. Dezember 1976 auch für die 9. Legislaturperiode einstimmig bestätigt. Die Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1. Die Abgeordneten der CDU und CSU bilden auf Grund gemeinsamer politischer Ziele und angesichts der Tatsache, daß sie in keinem Bundesland miteinander im Wettbewerb stehen, für die 9. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine gemeinsame Fraktion.

2. Die gemeinsame Fraktion besteht aus der Gruppe der Abgeordneten der CDU und der Gruppe der Abgeordneten der CSU. Dabei wird an dem Grundsatz festgehalten, daß es sich bei jeder Gruppe um die Abgeordneten einer jeweils selbständigen Partei handelt.

Die Gruppe der CSU-Abgeordneten verfügt über eigene Organe. Sie wird an allen Organen der Fraktion angemessen beteiligt.

3. Der Fraktionsvorsitzende wird für die Dauer der Legislaturperiode gemeinsam von den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Der Fraktionsvorsitzende hat einen Ersten Stellvertreter. Der Erste Stellver-

treter des Fraktionsvorsitzenden wird für die Dauer der Legislaturperiode von den CSU-Abgeordneten gewählt.

Unbeschadet dessen werden weitere Stellvertreter gewählt. Über Zahl und Verteilung der weiteren Stellvertreter muß Einvernehmen erzielt werden. Sie werden von der jeweiligen Gruppe gewählt.

4. Im Fraktionsvorstand sind CDU und CSU entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten vertreten. Die Gruppen der CDU- und der CSU-Abgeordneten wählen die auf sie entfallenden Vorstandsmitglieder selbst.

5. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Gruppe der CSU-Abgeordneten ist kraft Amtes ein Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und der Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers.

6. Bei der Wahl von Arbeitskreisvorsitzenden und Stellvertretern ist die Gruppe der CSU-Abgeordneten entsprechend ihrem Stärkeverhältnis zu berücksichtigen. Sie hat das Benennungsrecht. Das gleiche gilt für die Wahl der Ausschußvorsitzenden, ihrer Stellvertreter und der Obleute.

Die Fraktion hat zwei Justitiare, je einen von der CDU-Gruppe und der CSU-Gruppe.

7. Unter den zwei von der CDU/CSU vorzuschlagenden Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages

■ ERSTE WAHLANALYSE

Es gibt keine sozialistische Mehrheit in der Bundesrepublik

Die Abteilung Analysen der Bundesgeschäftsstelle gibt nachfolgend eine erste Analyse des Wahlergebnisses vom 5. Oktober 1980.

Das Ergebnis

CDU und CSU haben am 5. Oktober 1980 ihr Wahlziel nur teilweise erreicht: Bei einer gegenüber 1976 gesunkenen Wahlbeteiligung von 88,7 % (—2,0 Punkte) erzielten sie mit 44,5 % der Zweitstimmen 226 Sitze (—17). Damit blieb die Union zwar stärkste politische Kraft, konnte jedoch ihr Hauptziel, die politische Wende herbeizuführen, nicht erreichen.

Gegenüber dem sehr guten Ergebnis der Bundestagswahl 1976 verlor die CDU/CSU 4,1 Punkte. Die SPD konnte

ihr Ergebnis von 1976 nur um 0,3 Punkte verbessern. Mit 42,9 % gelang es der SPD, nicht, ihr Wahlziel, stärkste Partei zu werden, zu realisieren, geschweige denn die absolute Mehrheit zu erringen. Damit ist die SPD, gemessen am allgemeinen Erwartungshorizont, der eigentliche Verlierer dieser Wahl. Immerhin hielten nach Emnid-Umfragen noch im August 62 % der SPD-Wähler eine absolute Mehrheit der SPD für sicher oder wahrscheinlich.

Die FDP erzielte 10,6 % der Stimmen. Sie konnte damit das Ergebnis von 1976 deutlich verbessern (+2,7 Punkte). Sie wird mit 53 Abgeordneten (+14) im Parlament vertreten sein.

Die Grünen konnten mit 1,5 % ihren Erfolg bei der Europawahl, bei der sie 3,2 % erreichten, nicht wiederholen.

Fortsetzung von Seite 6

schlägt die CSU den Präsidenten und die CDU einen Vizepräsidenten vor.

8. Bei der Besetzung der auf die CDU/CSU-Fraktion entfallenden Bundestagsorganen sowie der mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu besetzenden Gremien ist die anteilmäßige Repräsentation der CSU-Gruppe herbeizuführen.

Die CSU-Gruppe besetzt die auf sie entfallenden Ausschußsitze in eigener Zuständigkeit.

9. Die CDU/CSU-Fraktion wird keine Grundgesetzänderung ermöglichen, der die CSU-Gruppe aus Gründen der Wahrung der Grundlagen des föderativen Staatsaufbaus widerspricht.

10. Die Abstimmung ist frei; es gibt keinen Fraktionszwang. Die CSU-Gruppe kann eine von der Mehrheit der Fraktion abweichende Meinung in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung im Bundestag selbständig vertreten, wenn sie nach Erörterung der Frage in der Fraktion dieses Verlangen stellt.

Die beiden großen Parteien erhielten mehr Erststimmen als Zweitstimmen. Nutzen aus dem Stimmensplitting zog die FDP, deren Erststimmenanteil 3,4 Prozentpunkte unter ihrem Zweitstimmenanteil blieb. Bei der Union fand das größte Stimmensplitting in Baden-Württemberg statt. Dort lag die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen bei 2,3 Punkten. Am geringsten war es in Bayern mit einer Differenz von 1,0 Punkten.

Die Daten für die FDP deuten (Ausnahme Baden-Württemberg) tendenziell auf ein Nord-Süd-Gefälle beim Stimmen-

splitting hin: Im Norden größeres, im Süden geringeres Splitterverhalten. Mit 4,9 Punkten Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen für die FDP liegt Schleswig-Holstein an der Spitze. Am Ende rangiert Bayern mit 1,9 Punkten.

Differenz Erst- minus Zweitstimmen (Prozentpunkte)

	1980	1976	1972
CDU/CSU	+1,5	+0,3	+0,5
SPD	+1,6	+1,1	+3,1
FDP	—3,4	—1,5	—3,6
Sonstige	+0,3	+0,1	+0,1

Bundestagswahl 1980 – Zweitstimmen –

	Vorläufiges Endergebnis 1980		Endergebnis 1976		Differenz BTW '80 – BTW '76
	absolut	%	absolut	%	in %-Punkten
Wahlberechtigte	43 207 080	—	42 058 015	—	—
Wähler	38 303 519	88,7	38 165 753	90,7	—2,0
Gültige Stimmen	37 942 452	—	37 822 500	—	—
CDU/CSU	16 900 370	44,5	18 394 801	48,6	—4,1
SPD	16 262 096	42,9	16 099 019	42,6	+0,3
FDP	4 030 608	10,6	2 995 085	7,9	+2,7
Grüne	568 265	1,5	—	—	+1,5
Sonstige	181 113	0,5	333 595	0,9	—0,4

Erststimmen '80: CDU/CSU 46,0; SPD 44,5; FDP 7,2; Sonstige 2,3%

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Sitzverteilung im Bundestag

	1969	1972	1976	1980
CDU/CSU	242	225	243	226
SPD	224	230	214	218
FDP	30	41	39	53
Summe	496	496	496	497*)

*) Überhangmandat in Schleswig-Holstein

Der Wahlkampf

Die Ausgangslage für die Wahloffensive der Union war nicht günstig: Nach Um-

fragen lag die SPD im Mai 1980 vor der CDU/CSU. Das schlechte Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen barg zudem die Gefahr einer Demobilisierung im Unionslager in sich.

Der Union gelang es jedoch im Laufe des Wahlkampfes, aus dieser Talsohle herauszukommen und in die Offensive überzugehen. Die Union griff frühzeitig jene Themen auf, die den Bürgern zunehmend Sorge bereiteten (Preise, Renten, Steuern, Familie, Staatsver-

schuldung). Sie prägte damit entscheidend die wichtige letzte Phase des Wahlkampfes. Der Erfolg blieb nicht aus. Die CDU/CSU überholte in den Umfragen die SPD. Es zeichnete sich ab, daß die Union im Wettstreit um die stärkste Partei gewinnen konnte.

Trend im Bundesgebiet

Das Zweitstimmenergebnis der Union liegt in etwa auf dem Niveau des 72er-

Resultats. Damals erreichten die C-Parteien 44,9 %, allerdings bei einem wesentlich höheren SPD-Anteil.

Betrachtet man die Wahlergebnisse der Union seit 1953, dann zeigt sich mit einer Differenz von 5,7 Prozentpunkten zwischen höchstem und niedrigstem Ergebnis eine relative Stabilität des Wählerpotentials der Unionsparteien. Die vergleichbare Differenz liegt bei der SPD bei 17 Prozentpunkten.

Bundesweite Wahlergebnisse (Zweitstimmen)

	B 49	B 53	B 57	B 61	B 65	B 69	B 72	B 76	E 79	B 80
CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	49,2	44,5
SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	40,8	42,9
FDP	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	6,0	10,9
Sonstige	27,8	16,5	10,3	5,7	3,6	5,5	0,9	0,9	4,0	2,0

Ergebnisse in den Bundesländern

In der Summe der Landtagswahlen 1978 bis 1980 konnten die Unionsparteien 48,7 % der Stimmen auf sich vereinen. Das sind 2,7 Punkte weniger als in der Periode 1974 bis 1976. Dieser Verlust liegt niedriger als bei der Bundestagswahl 1980 (—4,1 Punkte).

Die Aufschlüsselung des Zweitstimmenverlustes von 4,1 Punkten nach Bundesländern ergibt:

	CDU/CSU B 80	B 80 — B 76 %	%-Punkte
Niedersachsen	39,8	—5,9	
Schleswig-Holstein	38,9	—5,2	
Baden-Württemberg	48,5	—4,8	
Hamburg	31,2	—4,7	
Hessen	40,5	—4,3	
Rheinland-Pfalz	45,6	—4,2	
Nordrhein-Westfalen	40,6	—3,9	
Saarland	42,3	—3,9	
Bremen	28,8	—3,8	
Bayern	57,5	—2,5	

Auch unter einem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß hat sich — im wesentlichen bedingt durch die vorgegebene Sozialstruktur — der Norden der Republik als schwierigeres Terrain für die Union erwiesen als der Süden. Auch bei der Bundestagswahl 1980 ist das typische Nord-Süd-Gefälle im großen und ganzen in den Wahlergebnissen und in den Veränderungsraten festzustellen.

Die SPD verlor in vier Ländern (Hamburg —0,9, Bremen —1,6, NRW —0,1, Bayern —0,1). Den höchsten Gewinn machte sie im Saarland mit einem Plus von 2,2 Punkten, den geringsten Zuwachs erzielte sie in Schleswig-Holstein (+0,3).

Die FDP gewann flächendeckend zwischen 1,2 Punkten im Saarland und 3,9 in Schleswig-Holstein und Hamburg.

Ergebnisse in Wahlkreisen

In 13 Wahlkreisen erreichte die CDU/CSU Zweitstimmenergebnisse von 65 %

und mehr. Bis auf zwei Wahlkreise (Cloppenburg-Vechta, Biberach) liegen alle in Bayern. Das Spitzenergebnis erreichte die CSU im Kreis Rottal-Inn mit 70,4 %.

In zwölf Wahlkreisen erreichte die Union weniger als 30 %. Sie liegen alle im Norden und Westen des Wahlgebietes. Das niedrigste Wahlergebnis wurde mit 25,3 % in Bremen-West ausgezählt.

Die FDP kam in 18 Wahlkreisen auf Ergebnisse von 15 % und mehr. Ihr Spitzenergebnis erzielte sie in Stuttgart-Süd mit 19,4 %. In sieben Wahl-

kreisen blieb sie unter der 5 %-Marke. Sie liegen alle in Bayern.

Ein teilweise anderes Bild ergibt sich, wenn man die Veränderungsraten der Union in den Wahlkreisen betrachtet. In zwölf Wahlkreisen lagen die Verluste der Union unter 2,0 Prozentpunkten. Mit Ausnahme von Gelsenkirchen I (—1,3) liegen alle Kreise in Bayern. Der geringste Verlust lag in Nürnberg-Süd (—0,7). Verluste von 7,0 Punkten und mehr gab es für die Union in neun Wahlkreisen. Der höchste Verlust wurde mit —7,6 in Diepholz gemessen.

Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980

– Prozente und Punktdifferenzen (Zweitstimmen) –

Wahlkreisgruppen	Anzahl	CDU/CSU				SPD				FDP				Wahlbeteiligung			
		B 80	B 80– B 76	B 80– LTW	B 80– E 79	B 80	B 80– B 76	B 80– LTW	B 80– E 79	B 80	B 80– B 76	B 80– LTW	B 80– E 79	B 80	B 80– B 76	B 80– LTW	B 80– E 79
Bundesgebiet	248	44,5	–4,1	–4,2	–4,7	42,9	0,3	1,4	2,0	10,6	2,7	4,7	4,7	88,6	–2,1	9,7	22,9
Schleswig-Holstein	11	38,9	–5,2	–9,4	–9,0	46,7	0,3	5,0	2,9	12,7	3,9	7,0	7,5	89,2	–1,3	6,0	23,7
Hamburg	7	31,2	–4,7	–6,4	–5,7	51,7	–0,9	0,2	–0,5	14,1	3,9	9,3	7,8	88,9	–2,2	12,3	22,5
Niedersachsen	31	39,8	–5,9	–8,9	–6,0	46,9	1,2	4,8	2,3	11,3	3,3	7,1	6,0	89,5	–1,9	11,0	19,5
Bremen	3	28,8	–3,8	–3,2	–3,9	52,5	–1,6	3,0	–0,6	15,1	3,3	4,3	6,8	87,9	–2,1	9,4	21,5
Nordrhein-Westfalen	71	40,6	–3,9	–2,6	–5,2	46,8	–0,1	–1,7	2,2	10,9	3,1	5,9	5,1	89,0	–2,3	9,0	21,6
Hessen	22	40,5	–4,3	–5,5	–4,2	46,5	0,8	2,2	1,1	10,6	2,1	4,0	4,4	90,0	–2,0	2,3	23,5
Rheinland-Pfalz	16	45,6	–4,2	–4,5	–3,6	42,8	1,1	0,5	1,7	9,8	2,2	3,4	3,4	90,1	–1,4	8,6	11,9
Baden-Württemberg	37	48,5	–4,8	–4,8	–3,8	37,2	0,6	4,7	2,9	12,0	2,9	3,7	3,9	86,6	–2,5	14,6	27,4
Bayern	45	57,5	–2,5	–1,6	–5,0	32,7	–0,1	1,3	3,6	7,9	1,6	1,7	3,2	87,5	–2,1	10,9	28,7
Saarland	5	42,3	–3,9	–1,7	–4,1	48,3	2,2	2,9	4,3	7,8	1,2	0,9	2,0	90,5	–2,4	5,5	9,3
SPD-regierte Länder	81	39,3	–3,9	–3,0	–5,2	47,4	–0,3	–1,3	1,8	11,3	3,1	6,2	5,4	89,0	–2,3	9,3	21,7
CDU/CSU-regierte Länder	140	48,3	–4,3	–5,0	–4,6	39,4	0,6	3,1	2,4	10,3	2,6	4,1	4,4	88,2	–2,0	11,3	24,0

Quelle: Infas, Bad Godesberg.

Die FDP gewann flächendeckend. Die Spannweite der FDP-Zugewinne lag zwischen 5,0 Punkten (Harburg) und 0,5 Punkten (Kreuznach).

Die größte Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen der Union wurde mit 5,9 Punkten in Kreuznach registriert. In weiteren sieben Kreisen lag die Spanne bei über 4,0 Prozentpunkten. Es gibt aber auch sieben Wahlkreise, in denen mehr Zweit- als Erststimmen auf die

Union entfielen. Sie liegen alle in Bayern. Die größte Differenz trat in Rosenheim auf.

Bei der FDP liegt mit Ausnahme von drei Wahlkreisen der Erststimmenanteil generell niedriger als der Zweitstimmenanteil. In 13 Wahlkreisen beträgt der Zweitstimmenvorsprung 6 % und mehr. Die größten Differenzen wurden in Ludwigsburg (8,6 Punkte) und in Eßlingen (8,4 Punkte) ausgezählt.

Ergebnisse in Wahlkreisgruppen

Gliedert man die Wahlkreise nach der Sozialstruktur, dann lassen sich Gewinne und Verluste der Parteien näher lokalisieren.

Die CDU/CSU hat vor allem in Dienstleistungsgebieten, in deren flexiblen Wählerpotentialen sie relativ schwach vertreten ist, mit einem Minus von 4,7 Punkten überdurchschnittlich verloren. Damit korrespondieren deutlich überproportionale Gewinne der FDP (+3,3). Auffallend ist der hohe Verlust in evangelischen Gebieten, der mit 5,0 Punkten deutlich über dem Verlust in katholischen Gebieten mit 3,6 Punkten liegt. Auch hier stehen diesen Verlusten entsprechende Gewinne der FDP (+3,3 bis 2,1) gegenüber.

Untersucht man die Parteienstruktur unter dem Gesichtspunkt Hoch-/Tiefburgen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Das bekannte Muster der Veränderungsraten beim Abbau von Hochburgen ist bei der SPD ausgeprägter als bei der Union: Die SPD gewinnt in CDU/CSU-Hochburgen und verliert dort, wo sie selber sehr stark ist.

Auch die Union verliert in ihren Hochburgen (—4,5) überdurchschnittlich, während in SPD-starken Gebieten der Verlust (—3,4) geringer als im Bundesdurchschnitt ausfällt. Auffallend ist allerdings, daß die Union in extremen Hochburgen (überwiegend Wahlkreise in Bayern) unterdurchschnittlich verliert.

In Gebieten, in denen sich CDU/CSU und SPD etwa gleich stark gegenüberstehen (Parteianteile 1980 jeweils zwischen 40 und 45 %), verlor die Union deutlicher als im Durchschnitt (—4,8).

Die Entsprechung findet sich in der FDP-Bilanz. In diesen Wahlkreisen gewann die FDP am meisten hinzu. Offensichtlich sind es gerade „liberale“ Wähler gewesen, die die Union in Richtung FDP verlassen haben. Darauf deutet nicht zuletzt auch die Tatsache hin, daß in Wahlkreisen mit stark überdurchschnittlichen FDP-Gewinnen (+3,9) die Verluste der CDU/CSU mit 5,2 Prozentpunkten überdurchschnittlich hoch ausfallen.

Der Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Wahlbeteiligung und den CDU/CSU-Verlusten ist nur schwach ausgeprägt. In diesem Rahmen gilt tendenziell: Die Union verlor dort weniger als im Durchschnitt, wo die Wahlbeteiligung stärker zurückging.

Kernkraft könnte Arbeitslosigkeit lindern

Infolge der energiepolitischen Versäumnisse der Bundesregierung seit 1974 hat auch unsere Arbeitslosigkeit einen unnötig hohen Stand erreicht, stellt MdB Karl-Heinz Narjes fest. Die Bundesregierung selbst hat noch im März 1977 bei der Vorlage der „Grundlinien und Eckwerte“ für die Fortschreibung des Energieprogramms auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge mangelnden Kernkraftwerksbaues hingewiesen. Wäre das ursprüngliche Bauprogramm des Jahres 1974 realisiert worden, wären allein im Kernkraftwerksbereich mit seinen vielen Zulieferern über 10 000 Arbeitsplätze pro Jahr zusätzlich geschaffen worden. Hinzu kommen die weiteren Arbeitsplätze, die durch den Einsatz der kapitalintensiven Anlagen, wie Wärmepumpen und andere Anlagen zur Mineralölverdrängung, geschaffen worden wären.

■ DIE WAHL IM SPIEGEL DER PRESSE

Für die von der Union angestrebte „Wende in der deutschen Politik“ reichte es ganz klar nicht. Aber auch nicht für einen Triumph Helmut Schmidts! Im bescheidenen Abschneiden seiner Partei ist womöglich die interessanteste Variante des Wahlergebnisses zu suchen und zu finden. Mit dem gleichen Wahlergebnis wie 1976 bleibt die SPD weit hinter den Hoffnungen der Genossen und den Befürchtungen der Nichtsozialisten zurück.

Der scheinbare Superkanzler muß nach den Erfahrungen vom 5. Oktober seine Höhenflüge dämpfen. Aber vielleicht ist ihm dieses Ergebnis, das ihm den Rücken gegen die eigenen Linken von Hansen bis Thüsing freihält, sogar recht. Eine absolute SPD-Mehrheit hätte er wahrscheinlich politisch nicht lange überlebt.

„Rheinische Post“, 6. Oktober 1980

★

Kreuth wird, jedenfalls in der alten Form, nicht wiederkommen. Aber die Union steht wie in den Jahren 1969, 1972 und 1976 auch jetzt vor der schmerzlichen Einsicht, daß sie allein aus der Opposition heraus 50 Prozent der Stimmen nicht schafft. Die FDP ist nun recht auf das fixiert, was man sozial-liberales Bündnis nennt.

„Stuttgarter Nachrichten“,
6. Oktober 1980

★

Strauß hat sich in diesem Wahlkampf bis aufs Äußerste eingesetzt, während ihm die Demoskopen ins Ohr flüsterten: vergeblich. Da brauchte es einige Anstrengung, mit sich im reinen zu bleiben. Strauß hat diese Form gefunden:

Es sei ein letzter Versuch, das wichtigste Amt im Staat zu erlangen.

Schmidt muß den etwas brüchig ausgefallenen Ruhm keinesfalls mit seiner Partei, der SPD, teilen. Sie ist in diesem Wahlkampf nicht beliebter geworden. Hätten die Bürger zu wählen gehabt nicht zwischen Schmidt und Strauß, sondern zwischen SPD und Union, hätte der 5. Oktober den Machtwechsel in Bonn gebracht.

Hätte die FDP nicht so bravourös abgeschnitten, wären Schmidts Kanzlerschaft und das Koalitionsregime zu Ende gewesen. Nun aber ist die FDP über alles Erwarten gestärkt aus der Wahl hervorgegangen. Es läßt sich verstehen, daß Genscher das entscheidende Stück Ursächlichkeit für den Erfolg der Koalition sich und seiner Partei zuschreibt.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“,
6. Oktober 1980

★

Eine Neuauflage von Kreuth, also eine Trennung von CDU und CSU, ist jetzt weniger wahrscheinlich. Dieser Trost kommt persönlich Helmut Kohl zugute, dem niemand vorwerfen kann, daß er im Wahlkampf eine schlechte Figur machte, und der jung genug ist, einen neuen Anlauf zu nehmen. Eine wichtige Voraussetzung hat ihm der Wähler mit auf den Weg gegeben: Die CDU/CSU bleibt, wenn sie 'zusammenhält, die stärkste Fraktion im Bundestag. Kohl hat gute Chancen, sie wieder zu führen, so wie ihm der Parteivorsitz kaum zu nehmen sein wird. Die Partei ist in Ordnung.

„WAZ“, 6. Oktober 1980

Nichts bleibt nach dieser Wahl beim alten. Auch das Regieren dürfte schwieriger werden. Noch mehr als bisher wird der Kanzler die eigene Partei domestizieren müssen, mit dem Fingerzeig auf den stärker gewordenen liberalen Koalitionspartner. Und manche Gesetzesvorhaben werden nur mit den Stimmen der Union zu verwirklichen sein. Das bringt zusätzlich Sprengstoff in die sozial-liberale Koalition.

„Süddeutsche Zeitung“, 6. Oktober 1980



In der Konfrontation zwischen Rechts und Links hat sich die Mitte durchgesetzt. Im Wettbewerb zweier Männer um die Macht, die beide sehr begabt sind, hat sich der durchgesetzt, der die Macht bereits hatte, der die Möglichkeit hatte, zu zeigen, was er kann.

**„Il Giornale“, Mailand,
6. Oktober 1980**



Die jetzt so gestärkte FDP wird es zwar Helmut Schmidt leicht machen zu regieren, nicht unbedingt aber der SPD. Die Koalitionsverhandlungen werden schwieriger als vor vier Jahren, aber erst recht schwerer als 1969 sein. Manche SPD-Kreise werden ihren Erwartungshorizont reduzieren müssen. Auch dies läßt sich klar aus dem Wahlergebnis ablesen. Zu deutlich ist der Wunsch des Wählers zum Ausdruck gekommen, das Bewährte zu bewahren und das Erreichte behutsam fortzuentwickeln.

„Neue Rhein-Zeitung“, 6. Oktober 1980



Die FDP zog offenbar Nutzen auch von ihrem Appell, eine starke FDP könne den Bundeskanzler am besten vor der eigenen, zu sozialistischen Experimen-

ten drängenden Parteilinken schützen. SPD-Politiker wie Brandt, Wehner oder Bahr hörten es ungern. Eine stärker gewordene FDP muß nun zusehen, wie sie sich mit ihren Wahlzusagen ohne allzu starke Strapazierung der Sozialdemokraten zur Geltung bringt. Reizstoffe genug haben sich angesammelt.

Paritätische Mitbestimmung, Staatsverschuldung und Energiepolitik sind nur Stichworte für Schwierigkeiten der Koalition. Auch wegen staatlicher Konjunkturspritzen, zu denen die SPD-Linke neigt, kann es Koalitionsärger geben. Das Regieren in Bonn ist nicht schon aus dem Grunde problemloser geworden, weil die Anzahl der sozial-liberalen Sitze im Parlament kräftig zugenommen hat.

**„General-Anzeiger“, Bonn,
6. Oktober 1980**



Daß es Franz Josef Strauß nicht schaffen würde, ist so überraschend nicht. Daß aus Helmut Schmidts Vorschußblorbeeren herbstlich das Laub rieselt, ist allerdings eine Überraschung. Daß die FDP dermaßen aufblühen würde, grenzt an Wunder. Die Wähler haben gegen den Sozialismus entschieden. Die Zeichen an der Wand, geschrieben vom Wähler, besagen: Die bürgerliche Mitte soll das Sagen haben. Nun sind die Sozialismus-„Bremsen“ stärker geworden. Aber vom Bremsen allein bewegt sich das Regierungsvehikel nicht.

„Bild“, 6. Oktober 1980



Hat die Union trotz Strauß oder wegen Strauß das Wahlziel verfehlt? Wahrscheinlich ist beides richtig. Nach ihren Tiefpunkten im Frühjahr hat die Union sich erstaunlich gefangen und hinter Strauß zusammengerafft. Die Risse in der Union waren geschlossen. Der Nor-

den hatte seine Vorbehalte gegen Strauß überwunden. Deutlichstes Zeichen dafür war die „Vize-Kandidatur“ von Gerhard Stoltenberg.

Die CSU hat also keinen Grund, von mangelndem Engagement für Strauß bei der CDU zu sprechen. Das Wählerpotential der Union war für Strauß mobilisiert.

Andererseits aber muß die Union feststellen, daß Wähler, die nicht zu ihrem traditionellen Potential gehören, diesmal auch nicht gewonnen werden konnten. Diese Wähler wären bei einem anderen Spitzenkandidaten möglicherweise zu erobern gewesen. Aber hätte ein Mann etwa wie Albrecht die Union insgesamt in einem solchen starken Maße aus der Resignation herausführen können angesichts eines Kanzlers Helmut Schmidt? Deshalb ist der Schluß erlaubt, daß auch ein anderer Spitzenkandidat als Strauß kein entscheidend besseres Wahlergebnis gebracht hätte.

„Ruhr-Nachrichten“, 6. Oktober 1980

★

Angesichts der Verteufelungskampagne gegen Franz Josef Strauß hat sich die CDU/CSU noch relativ gut gehalten... Und Helmut Schmidt braucht die FDP zum Regieren — und das ist eine wesentlich selbstbewußtere Partei als vor dem 5. Oktober.

**„Kronen-Zeitung“, Wien,
6. Oktober 1980**

★

Gleichwohl ist die SPD von der absoluten Mehrheit, die Meinungsumfragen ihr noch im Sommer prophezeit hatten, weit entfernt geblieben. Sie hat nicht einmal das Ziel erreicht, das auch Schmidt für realistisch hielt, nämlich wieder die stärkste Fraktion zu werden. Das Ergebnis bietet den Sozialdemokraten eine ganz andere, grundsätzliche Lehre an: Die Partei ist nicht allein,

sondern als Seniorpartner der sozial-liberalen Koalition gefragt. Sie hat es offensichtlich nicht verstanden, den Eigenwert sozialdemokratischer Politik für die Mehrheit der Wähler attraktiv zu machen. Wie konsequent viele Forderungen ihres linken Flügels auch sein mögen: Es ist anzunehmen, daß sie der Partei Stimmen gekostet haben, auf die der Bundeskanzler hätte rechnen können.

**„Kölner Stadt-Anzeiger“,
6. Oktober 1980**

★

Die Regierungskoalition dürfte nach der gestrigen Wahl an Homogenität verloren haben, denn auch die FDP wird mit ihrer deutlich vergrößerten Fraktion weniger gefügig sein. Doch die Regierungsparteien können sich Außenseiter besser leisten, nachdem sich der Abstand zur Opposition etwa vervierfacht hat. Die Möglichkeiten von CDU und CSU, die Bundespolitik zu beeinflussen, bleiben aber dank ihrer Mehrheit im Bundesrat... in den nächsten Jahren gewahrt.

**„Basler Zeitung“
6. Oktober 1980**

★

Trotz des Sieges von Schmidt wird es seine Regierung nicht leicht haben wegen des politischen Trends, der sich bei den Wahlen gezeigt hat. Der Erfolg der Freien Demokraten könnte andeuten, daß die nationale Stimmung nach rechts umschlägt. Außerdem zeigt die Wirtschaft mit einem Rückgang der Exporte und steigender Arbeitslosigkeit Zeichen von Stagnation. Es gibt sogar Hinweise, daß die Anziehungskraft der westdeutschen Sozialdemokraten in der Bevölkerung nachläßt. Schmidts Hauptaufgabe wird es deshalb sein, der westdeutschen Bevölkerung neue Perspektiven zu eröffnen.

„Yomiuri“, Tokio, 7. Oktober 1980

UiD im Abonnement

Für die Dauer des Bundestagswahlkampfes 1980 erhielt ein Teil unserer Bezieher „Union in Deutschland“ zusätzlich auf Kosten der CDU-Bundespartei. Die Einweisung dieser Bezieher erfolgte Mitte Juni. Der Bundesgeschäftsstelle ist es nicht möglich, diese kostenlosen Belieferungen nach dem 5. Oktober beizubehalten. Vielfache Reaktionen bestätigen uns jedoch, daß „Union in Deutschland“ für die aktive politische Arbeit unentbehrlich ist.

Aus diesem Grunde möchten wir auf die Möglichkeit hinweisen, den Bezug im Rahmen des Abonnements fortzuführen. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,— DM einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer.

Wenn Sie den anhängenden Coupon ausfüllen und uns zusenden, werden Sie ab 1. Januar 1981 zum Bezug des Informationsdienstes eingewiesen. Machen Sie bitte auch solche Parteifreunde, die den UiD noch nicht regelmäßig bezogen haben, auf diese Möglichkeit aufmerksam. Für den Fall einer Bestellung erhalten Sie die restlichen Nummern dieses Jahres gratis.

Bestellschein

Union Betriebs-GmbH

Postfach 24 49

5300 Bonn 1

Hiermit bestelle ich ab 1. Januar 1981 bis auf Widerruf den Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ zum Jahresbezugspreis von 40,— DM inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer.

Vorname: _____

Name: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Linke SPD-Abgeordnete erfolgreich

Trotz Widerstand aus der eigenen Partei im Vorfeld der Bundestagswahl haben sich alle linksgerichteten SPD-Kandidaten durchsetzen können. Von den bisherigen Mitgliedern des linken Flügels hatte nur der Schriftsteller Dieter Lattmann auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Direkt gewählt wurden in Offenbach Manfred Coppik, der sein Erststimmenergebnis von 46,8 auf 47,0 Prozent knapp steigert, sowie in Oberhausen Erich Meinike, der mit 59,9 Prozent sogar 1,1 Prozent gegenüber 1976 zulegte. Mit 48,5 Prozent büßte der Bremer Ernst Waltemathe hingegen 0,5 Prozent ein. Über die Landeslisten rückten in Nordrhein-Westfalen auch der Düsseldorfer Karl-Heinz Hansen und der Paderborner Klaus Thüsing in den Bundestag ein. Der Schriftsteller und Lektor Freimut Duve aus Hamburg-Mitte steigerte den Erst-

stimmenanteil seines Vorgängers Glombig für die SPD um 0,3 Prozent auf 57,5 Prozent.

Sogar einen Zugewinn von fast 4 Prozent verbuchte der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende und Kritiker von Bundeskanzler Helmut Schmidt, Günther Jansen, der im Wahlkreis Steinburg-Dithmarschen-Süd auf 48,8 Prozent der Erststimmen kam. Der frühere Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder holte 1,1 Prozent hinzu und wurde von den Wählern im Wahlkreis Hannover-Land mit genau 50 Prozent in den Bundestag geschickt. Mit 0,7 Prozent weniger Stimmen als sein Vorgänger, der verstorbene Bundestagsvizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen, holte Norbert Wiczorek, der Ehemann der früheren Juso-Chefin, das Direktmandat in Groß-Gerau. Er kam aber noch auf 50,6 Prozent. Auch der frühere „Falken“-Vorsitzende Konrad Gilges büßte in seinem Kölner Wahlkreis mit 52,1 Prozent 1,1 Prozent der Stimmen ein. Dem innerhalb der SPD als links geltenden Landesverband Schleswig-Holstein gelang mit den Sieg in allen elf Wahlkreisen ein unerwarteter Erfolg. Persönlich profitiert davon der Kandidat in Nordfriesland-Dithmarschen-Nord, Wolfgang Rayer, der als elfter auf der Landesliste das einzige Überhangmandat gewann.

Süddeutsche Zeitung, 7. 10. 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD